



Udo Voigt

Dipl.sc.pol.,
Parteivorsitzender:
„Ich will, daß alle
Deutschen wie-
der eine Zukunft
haben.“

Liebe Landsleute,

Sie haben sich entschlossen, unser Flugblatt zu lesen. Damit haben Sie den ersten Schritt hin zu notwendigen Veränderungen in unserem Land getan. Die etablierten Parteien verkünden große Versprechungen, die sie dann doch nicht einhalten. Es gilt, neue Wege zu beschreiten, welche die unhaltbaren Zustände in unserem Land überwinden können. Wir wollen Ihnen aufzeigen, was sich ändern würde, wenn wir Nationaldemokraten die Geschicke unseres Landes bestimmen könnten.

Täglich neue Arbeitslose, die Verschuldung der BRD steigt ins Unendliche, und Millionen Ausländer überschwemmen unser Land. Es ist Zeit für eine neue Politik. Auch wenn Sie uns noch skeptisch gegenüberstehen, Sie werden sich künftig ganz persönlich entscheiden müssen, ob Sie in einer multikulturellen Gesellschaft oder in einer deutschen Volksgemeinschaft leben wollen. Alle etablierten Parteien wollen den weiteren Zuzug von Fremden in unser Land. Einzig die NPD sagt hierzu konsequent NEIN! Durch Ihre Stimme für die NPD werden die Herrschenden umdenken oder abdanken müssen.

Sie haben sich sicher auch schon gefragt, warum die gutbezahlten Politiker der etablierten Parteien nicht willens sind, diesem Land und dem deutschen Volk eine Zukunftsvision zu geben. Die Antwort ist ganz einfach: Diese Herren fühlen sich ihrem Geldbeutel mehr verantwortlich als dem eigenen Volk. Das wird sich erst dann ändern, wenn in unserem Land wirkliche Volksvertreter Politik gestalten, deutsches Geld für deutsche Aufgaben verwendet und die Globalisierung beendet wird. Wir haben nicht nur die besseren Argumente, sondern auch ein Programm, welches uns allen Hoffnung auf eine bessere und gerechtere Zukunft gibt. Überzeugen Sie sich davon und beginnen Sie damit, etwas für Ihr Land zu tun. Nur wer handelt, kann verändern!

Ihr Udo Voigt

Info-Gutschein

- Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir das komplette „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).



--	--	--

Name, Vorname

Alter

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Telefon, ePost

**Einsenden an: NPD-Parteizentrale
Postfach 84 01 57
12531 Berlin**

**Ruf: 030 / 65 011 - 0
Fax: 030 / 65 011 - 140**

npd.de

Herausgeber: NPD-Parteivorstand
V.i.S.d.P.: Klaus Beier, Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin; E.i.S.



**Das passiert, wenn
die NPD regiert
Ein Maßnahmenkatalog**

**NPD
Die Nationalen**



Das kann Wirklichkeit werden:

Die Politik der NPD unterscheidet sich grundsätzlich von der Politik der gegenwärtig im Bundestag vertretenen Altparteien. Wie sich diese Unterschiede in der Praxis auswirken könnten, sollen die folgenden fiktiven Radiomeldungen zeigen, die den neuen politischen Kurs einer NPD-Regierung aufzeigen:

5. November

– Der Bundestag verabschiedete heute zwei wichtige Gesetze zur Beseitigung der Not in Deutschland: Ab dem 1. Dezember tritt das nationale Arbeitsplatzsicherungsgesetz in Kraft. Danach dürfen Arbeitsämter und Arbeitsvermittlungsstellen Arbeit nur dann und nur für eine bestimmte Zeit an Ausländer vergeben, wenn keine gleichqualifizierten deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Mit Wirkung vom 1. Januar tritt das Hartz-IV-Abwicklungsgesetz in Kraft. Damit wird die unsoziale Politik der Altparteien restlos beseitigt.

11. November

– Der Bundestag hat heute dem Antrag der NPD-Fraktion zugestimmt, die Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan, Usbekistan, Mazedonien, Kuwait, Kenia, Djibouti, Bosnien-Herzegowina, Georgien und dem Kosovo abzuziehen. Deutsche Soldaten werden künftig nur noch zum Schutze der Heimat, nicht aber zur Durchsetzung der Interessen der US-Konzerne eingesetzt.

19. November

– Mit sofortiger Wirkung tritt das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft. Einen deutschen Paß erhalten ab sofort nur noch Personen, deren Eltern Deutsche sind.

22. November

– Der von der NPD eingebrachte Antrag zur Streichung des Rechtsanspruchs auf Asyl aus dem Grundgesetz erhielt heute im Bundestag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, da PDS, CDU, CSU, SPD und FDP dagegen stimmten. Angenommen wird allerdings eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes, in dessen Folge nun alle Scheinasylanten ausgewiesen werden können. Zudem dürfen Asylanten künftig im Regelfall erst in die BRD einreisen, nachdem ihr Asylantrag positiv überprüft wurde. Weiteren Auswüchsen des Asylmißbrauches wird so ein Riegel vorgeschoben.

1. Dezember

– Am heutigen Tag sind weitere Gesetze des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung zur Ausländerheimführung in Kraft getreten. In der BRD lebende Ausländer wurden aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ausgegliedert und dürfen in der BRD ab sofort keinen Grund und Boden mehr erwerben.

10. Dezember

– Ab heute können Politiker und Angehörige der Verwaltung für finanzielle Fehlentscheidungen persönlich mit ihrem Vermögen, wie Geschäftsinhaber einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, haftbar gemacht werden. Außerdem erließ der Bundestag ein Gesetz gegen Behördenwillkür und Machtmißbrauch der Verwaltungen.

13. Dezember

– Auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen beantragte die nationaldemokratische Bundesregierung einen EU-Sondergipfel zur Rückabwicklung der EU-Osterweiterung und zur Einführung der nationalen Währungssouveränität. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß die Osterweiterung tatsächlich die vorausgesagten unkalkulierbaren wirtschaftlichen und sozialen Risiken brachte. Der freie Zugang der wirtschaftlich und sozial unterentwickelten osteuropäischen Staaten zum deutschen Markt setzte die deutschen Arbeiter der direkten Konkurrenz mit den dort herrschenden unsozialen Billiglöhnen aus. Dies führte in der BRD zwangsläufig zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit und weiteren Einschnitten ins soziale Netz.

Überdies führt die Freizügigkeit zu einem unerwünschten Zugang von Millionen Ausländern, sagte ein Regierungssprecher. Sollte der Rückabwicklung und der Einführung der nationalen Währungssouveränität auf dem EU-Sondergipfel nicht zugestimmt werden, erwägt die nationaldemokratische Bundesregierung den Austritt aus der EU.

5. Februar

– Die zweite Stufe des Familienförderungsgesetzes wird bereits am 1. März in Kraft treten. Es beinhaltet insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation sozial schwacher Kinder. So ist für Kinder ein Besuch in öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, zoologischen Gärten und

Museen künftig kostenlos. Die Lehrmittelfreiheit wurde ebenso bundeseinheitlich festgeschrieben wie die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Kinder.

12. August

– Die Zahl der Konsumenten harter Drogen ist im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30% zurückgegangen. Das Bundeskriminalamt führte dies in erster Linie auf die konsequente Verfolgung von Rauschgifthändlern nach dem Regierungswechsel zurück. „Durch Stärkung der Familien und Wiederherstellung von Werten werden wir die Zahl der Drogenabhängigen in den nächsten vier Jahren auf 10% des Standes im Jahr 2001 senken“, kündigte der Regierungssprecher der neuen nationalen Regierung Deutschlands an.



15. März – Wie das Statistische Bundesamt heute mitteilte, hat sich die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer im ersten Jahr nach dem Regierungsantritt der NPD um 2.032.764 verringert. Dies sei auf die Ausweisung geduldeter Asylbetrüger, die gesunkene finanzielle Attraktivität der BRD für Ausländer, die übliche Heimwanderung und die Reformierung des Asylverfahrens zurückzuführen. Eine Fortsetzung dieses positiven Trends sei auch im nächsten Jahr zu erwarten. In der veröffentlichten Statistik ist die Zahl der 788.089 infolge verstärkter polizeilicher Maßnahmen aufgegriffenen und ausgewiesenen Ausländer, die sich illegal in der BRD aufhielten, nicht enthalten.

14. November – Das Bundeskabinett hat heute umfangreiche Maßnahmen zur Förderung deutscher Familien beschlossen. Ab dem 1. Januar wird das Kindergeld für Deutsche auf 500 € erhöht. Das Kindergeld für Ausländer muß künftig von ihren Heimatländern bezahlt werden. Der Mutterschaftsurlaub wurde auf vier Jahre ausgedehnt, ein Gesetz zur bevorzugten Vergabe von Halbtagsstellen an Alleinerziehende vorgelegt.

